

Wochenblatt für Wilsdruff

Tharandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wochenlich dreimal u. zwar Dienstags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis viertelj. 1 Mf. 30 Pf.,
durch die Post bezogen 1 Mf. 55 Pf.
Einzelne Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags, Mittwochs und
Freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Insertionspreis 10 Pf. pro dreige-
spaltene Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstamt zu Tharandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma H. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion H. A. Berger derselbe.

No. 60.

Dienstag, den 21. Mai

1895.

Hauptübung der städtischen und freiwilligen Feuerwehr. Sonnabend, den 25. Mai ds. Jrs., Nachmittags 6 Uhr

soll eine der in § 51 des biesigen Feuerlöschregulatios vorgeschriebenen Hauptübungen der biesigen Feuerwehren abhalten werden, und haben sich hierzu sämmtliche Mitglieder derselben Abteilungsführer und Mannschaften, unter Anlegung ihrer Dienstabzeichen pp., bei Vermeidung der in § 52 des gedachten Feuerlöschregulatios angedrohten Ordnungsstrafe, pünktlich einzufinden.

Die Versammlung findet bei der Turnhalle Nachmittags 1/2 Uhr statt.
Wilsdruff, am 18. Mai 1895.

Der Stadtgemeinderath
Gicker, Vorsitzt.

Freitag, den 24. Mai 1895, von 1/2 9 Uhr Vorm. ab

gelangen in Wilsdruff im Gasthof zum Adler eine Partie Schnittwaaren, Kinderkleider, Sommer- und Winterüberzücher, Stoffjacketts, Herrenhosen, Kinderanzüge, Knabenmantel, Frauen-Jacken und Röcke u. s. durch Herrn Auktionator Müller meistbietend gegen Baarzahlung zur Versteigerung.
Dresden, am 18. Mai 1895.

Rechtsanwalt Gustav Müller.

Tagesgeschichte.

Kaiser Wilhelm weilt seit Ausgang voriger Woche in Ostpreußen, wo er, wie schon in früheren Jahren, der Hochzeit des Großen Dohmen auf dessen Besitzthum Pödelwitz ist. Sowohl bekannt, gedenkt der hohe Herr etwas acht Tage in Pödelwitz zu verbringen und dann noch dem Neuen Palais bei Potsdam zurückzukehren. Anfang Juni beabsichtigt der Kaiser dann nochmals nach Nied zu reisen, um den Nord-Ostsee-Kanal vor der Eröffnungsfest einer übermaligen Befestigung zu unterziehen, doch scheinen über den Niedler Ausflug noch keine endgültigen Dispositionen getroffen zu sein.

Nachdem es als ziemlich sicher angesehen werden darf, daß der Reichstag seine diesmalige Tagung im Verlauf dieser Woche schließen wird, läßt sich jetzt auch schon ziemlich genau das Ergebnis seiner diesmaligen Arbeit mit Bezug auf die ihm seitens der verbündeten Regierungen vorgelegten Entwürfe übersehen. Außer dem Etat und den dazu gehörigen Gesetzen hat der Reichstag bisher die beiden Gesetze über die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt und der Flößerei, die Zolltarifnovelle, das Gesetz über die Vornahme einer Berufs- und Generalschulung, über die Abänderung der Gehalts- und Kosten der Konfukate, ein auf Elsass-Lothringen bezügliches Gesetz betreffs Benennung und Bekleidung der Bürgermeister, die Novelle zum Gesetz über den Invalidenfonds, das Gesetz über die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes, über die Einziehung von Abgaben und Vollstreckung von Vermögensstrafen, über die Ausführung des mit Österreich-Ungarn abgeschlossenen Zollkartells, sowie den ersten Nachtragstekton angenommen. Vorauftischlich in positivem Sinne erledigen dürfte er noch den zweiten Nachtragstekton, die Zucker- und die Branntweinsteuernovelle, sowie die Entwürfe betreffend die Bestrafung des Sklavenraubs und die Kaiserlichen Schutztruppen in Südwestafrika und Kamerun. Abgelehnt hat der Reichstag die sogenannte Umsturzvorlage und den Entwurf über die Tabakabfatzsteuer. Ob er die begonnenen Beratungen über den Entwurf betreffs der anderenweiten Ordnung des Reichsfinanzwesens und über die auf die kommunale Weinbesteuerung bezügliche Novelle zum Zollvereinigungsvertrag noch zu einem Ende führen wird, ist zweifelhaft, jedenfalls sind die Aussichten für beide Entwürfe nicht günstig. Sicher unerledigt dürften die Gewerbeordnungsnovelle und die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, sowie zum Strafgesetzbuch bleiben. Niemand wird bestreiten wollen, daß das Ergebnis der diesmaligen Arbeit des Reichstages gegenüber dem großen Umfang des ihm seitens der verbündeten Regierungen vorgelegten gelehrtischen Materials dürftig ist. Jedenfalls hat er die wichtigeren Entwürfe theils abgelehnt, theils überhaupt nicht erledigt. Unerledigt wird auch die vorgeschlagene und auf die Dauer gar nicht zu entbehrenden Reichsfinanzreform bleiben, deren Aussichten anfangs so günstig waren, daß man an ein Zustandekommen wenigstens dieser Vorlage aus dem Reichsschamie fast allgemein geglaubt hatte. Gegenüber diesen negativen Leistungen des Reichstages, zu denen noch die abgelehnten Entwürfe eines Gesetzes zur Bekämpfung der Umsturzverschwörungen und einer Zobelschabriksteuer kommen, nehmen sich die wenigen positiven Ergebnisse dieser Tagung ungemein dürftig aus. Seit langer Zeit sind die Reichstagsarbeiten, obwohl sie ja von Jahr zu Jahr heruntergegangen waren, nicht so unfruchtbar und unbedeutend gewesen, wie dies mal. Abgesehen von einigen kleinen Vorlagen hat der Reichstag eigentlich nur gerade soviel geleistet, daß die Reichsmaut nicht zum Stillstehen kommt. Für ein großes Reich mit mannigfaltigen und wechselnden Bedürfnissen ist ein derartiges Ver-

lagen des einen Halters der Gesetzgebung auf längere Zeit natürlich einfach unerträglich. Man kann daher mit einiger Bestimmtheit sagen, daß der am 15. Juni 1893 auf die Dauer von fünf Jahren gewählte Reichstag, der bereits ein deutlich erkennbares hippokratesches Gesicht zeigte, ebenso wenig ein natürliches Ende nehmen wird, wie sein unmittelbarer Vorgänger, der bekanntlich wegen Ablehnung der Cavour'schen Militärvorlage aufgestellt worden ist. Es scheint vorläufig für den Reichstag bei den früheren dreijährigen Legislaturperioden, die durch Reichsgesetz vom 19. März 1888 auf fünf Jahre verlängert wurden, tatsächlich bleiben zu sollen.

Prinz Ludwig von Bayern über die Notlage der Landwirtschaft. Prinz Ludwig von Bayern, der berufen ist, einst den Thron der Wettelsbacher zu besteigen, hat, wie schon kurz berichtet, eine Rede gehalten, die beweist, daß er sich für wirtschaftliche Fragen einen offenen Blick bewahrt hat. Der Prinz war zu der am Sonntag veranstalteten Wanderversammlung bayrischer Landwirthe erschienen. Bei dem Festmahl sprach der Präsident Städter. Prinz Ludwig führte nach dem Bericht der „Augsburger Abendzeitung“ in seiner Erwidierung aus: Sie haben vorhin auch meiner Bezeichnungen als Landwirth gedacht, die ich zu den Wanderversammlungen habe, und als langjähriger Ehrenpräsident des Generalcomites des landwirtschaftlichen Vereins. Wenn man die Landwirtschaft selbst betreibt, wie ich, und zwar seit 20 Jahren, so macht man seine eigenen Erfahrungen, und trotz aller Theorie ist es am sichersten, wenn man lernt am eigenen Fleisch; denn dann erst weiß man, wo Einen der Schuh drückt, sei es bei den von der Regierung oder vom Volke oder sei es bei den selbstgemachten Werken. Mit der Landwirtschaft geht es in letzterer Beziehung ähnlich, wie mit der Industrie. Diese will Schuhzölle, jeder möchte solche für seine eigenen Produkte haben, die er selbst erzeugt; aber der Freihandel soll sich auf jene Produkte beziehen, die man beschafft. Da ist der Landwirth, ich sage es offen heraus, nicht anders und genau so, wie jeder andere. Ebenso sicher ist es, daß andere Landwirthe, namentlich unsere ländlichen Bauern froh sind, wenn sie ihre Saatgerste ohne Zoll hereinbekommen. In derselben Lage sind Die, welche Getreide brauchen, sie werden ebenso sehr gegen die Schuhzölle sein, wie die Bierbrauerei gegen die Bierzölle; denn diese erscheinen nicht als Produzenten, sondern als Consumenten — und der Consument wird stets gegen Einfuhrzölle sein. Anders verhält es sich mit den wirklichen Bierbrauereien; denn diese haben das größte Interesse daran, daß der Schuh für das inländische Bier zu Stande kommt; diese möchten, daß das Land hermetisch abgeschlossen sei, und daß alle Diejenigen, welche Bier brauchen, auf sie angewiesen sind. Wenn man sich auf einen solchen Standpunkt stellt, so bekommen wir sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft den Krieg Alter gegen Alle. Es ist unsere Aufgabe die gegenseitigen Interessen so weit auszugleichen, daß es einerseits den Produzenten nicht unmöglich wird, die Konkurrenz mit dem Auslande aufzunehmen, aber andererseits Denjenigen, die diese Produkte brauchen, es nicht unmöglich gemacht wird, sie zu kaufen und mit den von ihnen erzeugten Produkten gleichen Schritt mit dem Auslande halten zu können. Sehen Sie sich einen großen Theil der Landwirtschaft an! Er bleibt nicht bloß in den Grenzen unseres Reiches, er geht weit darüber hinaus, zum Beispiel die Brenner. Diese exportieren einen großen Theil des Branntweins, der muß exportiert werden, und ebenso wie diesen geht es auch den Zuckerproduzenten. Sie wissen selbst, daß dies nur eine künstliche Produktion ist, sie haben nur durch Zuschüsse, die aus anderen

Ländern geschlossen sind, existieren können, und jetzt, da man diese ihnen nehmen will, legen sie darüber, und, wie Sie wissen, ist neuerdings dem Reichstag eine Vorlage zugegangen, daß ihnen diese Zuschüsse auch fernherin erhalten bleiben. Das sind landwirtschaftliche Exporteure, sie wollen nicht nur Schuhzölle, sondern sie wollen, um nur existieren zu können, aus anderer Leute Taschen noch Zuschüsse. Wie es mit dem Volke steht, wissen Sie ja auch. Viele sind nicht im Besitz von Waldungen, sind froh, wenn sie genug Holz haben, daß sie den eigenen Be darf befriedigen können. Diese werden auch nicht sehr für Schuhzölle eingenommen sein, ebenso wenig will auch die Industrie mit dem Zoll etwas zu thun haben. Ich kann objektiv reden, aber ich weiß aus eigener Erfahrung, wie die Verhältnisse liegen, und es ist kein Geingerer, als daß Bismarck, der das große Wort gesagt hat: Seit er Gutsbesitzer geworden, habe er am eigenen Fleisch verspürt, wie die Wirkungen der Zölle u. s. w. sind, und man kann sagen, daß von dem Moment, als dies der Fall war, ein Umschwung bei ihm stattgefunden hat. Daraus sage ich: selber probiren — aber nicht so weit gehen, daß man darüber zu Grunde geht. (Heiterkeit.) Ich sag' Ihnen, indem ich sage: Leben und leben lassen. Der Städter soll den Landwirth leben lassen und umgekehrt. Es ist gut, daß die Klagen, die man jetzt erfährt, gekommen sind, denn daraus erfährt man, wo der Schuh drückt. Aber man soll nach dem Grundloch: Eines Mannes Fuß ist keine Fuß, man muß sie hören alle Beine.

In den Berliner Gefängnissen herrscht wieder arge Überfüllung. In Plötzensee und der Rummelsburger Filiale, die zusammen nur für 1800 Gefangene bestimmt sind, waren am 18. Mai 2323 untergebracht, das für 1000 Gefangene eingerichtete Moabitier Untersuchungsgefängnis beherbergte 1260 Gefangene, darunter 200, die dort gleich ihre Strafe verbüßen; selbst die Stadtvoigtei will sich nicht so schnell, wie in früheren Jahren bei Beginn des Frühlings, leeren. Die Anstalt hat noch immer 1801 unfreiwillige Insassen.

Mehr. Am Sonntag war die biesige Garnisonkirche der Schauspiel eines tiefschwarzen Zwischenfallen. Der Diözesanpfarrer Schmidt, ein noch junger Mann, trat anscheinend frisch und gesund die Kanzel, während der Predigt aber wurde er plötzlich unwohl, und als er von der Kanzel herabstieg, sprach, die der Soldat zeigen sollte, verließ ihn die Besinnung. Er konnte nur noch ein kurzes Lumen sprechen, dann brach er zusammen. Er wurde in die Salzkiste und von dort in das nahe gelegene Mathildenstift getragen, woebst er nach wenigen Stunden den Geist aufgab, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben. Der so vom Schlagflusse jäh dahingeraffte hatte erst im vergangenen Jahre geheirathet.

Der Rücktritt des Grafen Kolnay von der Leitung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns wird seitens der öffentlichen Meinung Deutschlands, unter vollster Anerkennung der hohen Verdienste, welche die Amtsführung des zurückgetretenen Staatsmannes sich um die Sache der Politik des mittel-europäischen Friedensbundes erworben, als ein Schritt ausgeführt, der nach den bekannten Vorgängen, die sich in Wien und Pest abspielten, im Interesse einer Klarstellung der inneren Situation geboten erschien. Niemand aber hegt nur den geringsten Zweifel, daß der Rücktritt des seitherigen leitenden Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Österreich-Ungarns an dem Charakter der Politik des neuen Kabinetts, an der Stellung Österreich-Ungarns im Dreikönigreiche nicht das Mindeste verändert. Die Persönlichkeit des Kaisers Franz Josef, die ausgesprochen fried-